

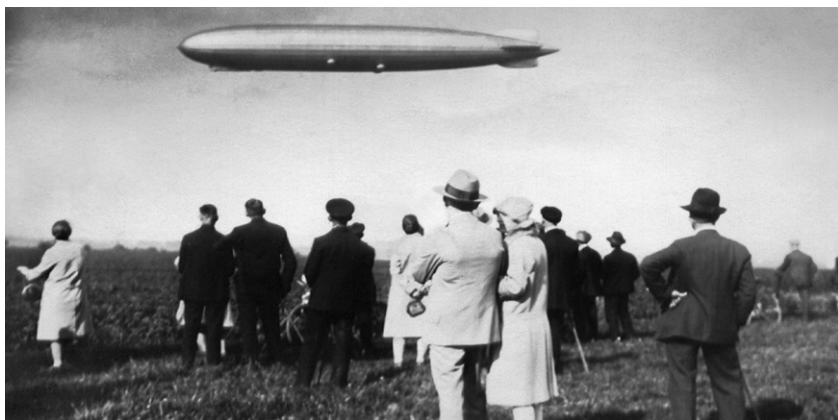


DIE DEUTSCHEN

1929 bis 1939



Parteienkämpfe, Machtergreifung, Diktatur



DEUTSCHLAND 1929 bis 1939

Parteienkämpfe, Machtergreifung, Diktatur

Der Alltag vieler Deutscher ist in den letzten Jahren der Weimarer Republik von der Angst vor der Arbeitslosigkeit geprägt. Bis 1929 ist jeder sechste Arbeiter und Angestellte einmal arbeitslos gewesen. Ein Jahr später, nachdem die Weltwirtschaftskrise Tausende von Unternehmen in den Konkurs treibt, hat jeder vierte zumindest einmal die Arbeit verloren. Die Erfahrung einer Arbeiterin in einer Friedrichsfelder Schuhfabrik steht exemplarisch für das Schicksal Hunderttausender: Zwischen 1925 und 1934 wird sie acht Mal wegen Mangel an Arbeit entlassen. Im Februar 1932 sind mehr als sechs Millionen Menschen bei den Arbeitsämtern gemeldet. Weitere zwei Millionen haben die Suche resigniert aufgegeben und jeder fünfte Beschäftigte im Reich muss periodisch kurzarbeiten. Alles in allem sind nur ein Drittel aller Arbeiter Ende 1932 vollbeschäftigt.

Wer zum „Arbeitslosenversicherungsunterstützungsempfänger“ wird – wie es damals von Amts wegen heißt – hat für 26 Wochen ein Anrecht auf Hilfe. Danach wird er an die Krisenfürsorge, am Ende an die Wohlfahrt weiter gereicht. Aber die Unterstützung kann den Lebensunterhalt nicht decken. Ein Ehepaar mit drei Kindern und zumindest „einer festen Arbeit“ lebt 1931 von etwa 100 Mark im Monat. Ein Arbeitsloser muss sich mit etwa 47 Mark bescheiden. Nach der Reichsstatistik liegen aber allein die monatlichen Kosten einer fünfköpfigen Familie für Ernährung bei 90 Mark – wenn sie auf Luxusgüter wie Butter, Bohnenkaffee, Fleisch am Wochenende, regelmäßig Käse, Eier und Vollmilch verzichtet, bei knapp 50 Mark. Das Elend ist allgegenwärtig. Berichte wie der folgende stehen täglich im „Vorwärts“, der „Roten Fahne“, dem „Berliner Tageblatt“, den Blättern der Ullstein-

Brüder: „Im Haus Bergstraße 8, Quergebäude, zwei Treppen, hat die 35jährige Wohlfahrtsempfängerin Klara Engwicht ihre drei Kinder im Alter von zwei, fünf und sechs Jahren getötet und sich dann selbst erhängt. ... In der einfenstrigen Dachkammer der Frau Engwicht stehen zwei Betten, die sie sich mit ihren drei Kindern teilen muss, ein Schrank, ein Tisch und ein paar Stühle. Auf der einen Seite stößt man mit dem Kopf gegen die schräge Dachwand. Die Wohnung ist auf das peinlichste sauber gehalten. ... Der Grund der Tat: Die Frau befand sich im höchsten Stadium einer neuen Schwangerschaft ... Seit Monaten lebt die Familie von Margarinestullen und Milchkartoffeln mit Backobst. Hinzu kommt, die Frau war seit drei Monaten die Miete schuldig und sollte exmittiert werden.“

AUFSTIEG DER NATIONALSOZIALISTEN

Unter anderem ermöglicht dieses Elend den Aufstieg der Nationalsozialisten. 1930 wird die NSDAP zur zweitstärksten Fraktion im Reichstag. Zwei Jahre später vereint sie die meisten Stimmen aller Parteien auf sich. Und am 30. Januar 1933 notiert Joseph Goebbels in seinem Tagebuch: „Es ist fast ein Traum. Der Führer arbeitet bereits in der Reichskanzlei.“

Sofort nach dem Wahltag und der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler beginnt der Prozess der Gleichschaltung in Ländern, Kommunen, Verbänden und Vereinen. Ein Erdbeben bricht über Deutschlands Städte und Dörfer herein, der gewachsene Strukturen zerschlägt und soziale Netzwerke vernichtet. Das Tempo und die Reichweite dieser Vorgänge lähmt jede Gegenwehr. Überall in Rathäusern und Amtsstuben, in Hörsälen und Gerichten, in Warenhäusern und Banken tauchen im Frühjahr 1933 SA-Leute auf; überall fordern Braunhemden Organisationen und Institutionen, sich von Demokraten und Juden zu trennen. Kleintierzüchtervereine und Sportverbände, die Deutsche Stenografenschaft und die Sängerbünde – niemand ist ausgenommen vom massiven Druck der Nationalsozialisten.

Schnell zeigt sich, dass die Nationalsozialisten den Parlamentarismus grundsätzlich ablehnen. Die Verantwortung für den Reichstagsbrand, gelegt von dem Einzelgänger Marinus van der Lubbe, schieben die

neuen Machthaber der KPD zu und nutzen deren vermeintliche Gewaltbereitschaft, um den Staat – und damit sich selbst – durch das Ermächtigungsgesetz zur einzig legitimen politischen Kraft zu erheben. Bei dieser Gleichschaltung der Länder greifen die Nationalsozialisten mit einer Zangenbewegung an: Die bewährten brutalen Aktionen der Braunhemden auf der Straße werden mit administrativen Maßnahmen der neuen Regierung von oben verknüpft. Überall im Land fordern die Nationalsozialisten die Einsetzung von Reichskommissaren, die Beteiligung an der Landesregierung oder die Posten von Bürgermeistern und Polizeipräsidenten für genehme Parteigänger.

NEUE POLITISCHE VERHÄLTNISSE

Am 23. März 1933 stimmt der Reichstag über das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ ab. Das Gesetz ermächtigt die Regierung, ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat sowie ohne Gegenzeichnung des Reichspräsidenten Gesetze zu erlassen. Nur die Sozialdemokraten unter Otto Wels stimmen dagegen – die Kommunisten können ihre Stimme schon nicht mehr erheben, da die meisten von ihnen nach dem Brand des Reichstages in „Schutzhaft“ genommen worden sind. Aber diese Ermächtigung ist nur ein erster Schritt. Das flankierende „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März ermöglicht es den Landesregierungen, ohne Beschluss des Landtages Gesetze zu erlassen – wodurch das Wort der gewählten Parlamentarier nicht mehr zählt. Mit dem „Zweiten Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 7. April werden durch den Reichspräsidenten auf Vorschlag von Reichskanzler Adolf Hitler elf Reichsstatthalter ernannt, die fortan für die Durchsetzung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik sorgen. Damit sind auch die Landesregierungen ausgeschaltet. Es dauert nur wenig mehr als zwei Monate, bis Hitlers Wort zum einzigen Gesetz geworden ist. Die Entschlossenheit der Nationalsozialisten überrollt alle Parteien und erstickt ihren Widerstand. Gegen die KPD erlassen sie Demonstrations- und Publikationsverbote und besetzen ihre Parteizentrale in Berlin. Nicht besser ergeht es den Sozialdemokraten.

Nachdem der Druck zu groß wird, verlegt die SPD schon im Mai 1933 ihre Leitung nach Prag und versucht von dort den Widerstand zu organisieren. Weniger brutal, aber nicht weniger erfolgreich gehen die Nationalsozialisten gegen die bürgerlichen und konservativen Parteien vor, die sie in die Selbstauflösung treiben. Es dauert nur bis zum Frühsommer 1933, bis alle Parteien außer der NSDAP verboten oder aufgelöst sind.

Ebenso entschlossen beginnen die Nationalsozialisten mit dem Angriff auf die Juden. Schon Ende Februar 1933 kommt es zu ersten antisemitischen Ausschreitungen von SA-Trupps. Jüdische Geschäfte werden geplündert, ihre Inhaber gequält und verschleppt. Bald richtet sich der Terror auch gegen jüdische Angehörige freier Berufe. Und überall im Reich stehen am 1. April Posten vor jüdischen Geschäften und fordern die Kunden drohend auf, von ihren Einkäufen abzusehen. Zuletzt werden die Kritiker in der eigenen Partei zum Schweigen gebracht.

Alle Unterführer, die die nationalsozialistische Revolution weitertreiben wollen, müssen sich seit Juli 1933 von Hitler sagen lassen, dass die Revolution abgeschlossen sei und der *„freigewordene Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution“* hinübergeleitet werden müsse. Die Revolution dürfe kein Dauerzustand werden, vielmehr beginne nun die Phase *„der langsamen Vollendung des totalen Staates“* mit dem wesentlichen Ziel der inneren Erziehung der Menschen. Als Ernst Röhm, Führer der über vier Millionen Mann starken SA, weiter an der *„Zweiten Revolution“* und dem Ausbau seiner Organisation zur Volksmiliz mit staatlichem Waffenmonopol arbeitet, gerät er in Opposition zu Hitler. Der Streit endet mit der Liquidierung der gesamten SA-Führung im Juni 1934. Ihrer potentiellen Konkurrenz als bewaffnete Macht im Staat entledigt, macht sich jetzt auch die Reichswehr freiwillig zum Instrument der NS-Führung.

Nach Hindenburgs Tod am 2. August 1934 vereinigt Hitler durch das *„Gesetz über das Oberhaupt des Deutschen Reiches“* vom 1. August 1934 die Ämter von Reichspräsident und Reichskanzler in seiner Per-

son. Damit gibt es keine verfassungsrechtliche Institution mehr, die Hitlers Stellung auch nur formal einschränken kann. In einer Volksabstimmung lässt sich Hitler am 19. August 1934 seine absolute Macht zusätzlich durch den Volkswillen bestätigen: 89,9 Prozent der Wähler stimmen für die Vereinigung der Ämter des Staatsoberhauptes und des Reichskanzlers.

Um weltweite Anerkennung bemüht ist das System durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele. Sie werden eine perfekte Propaganda-Inszenierung. Bereits im Sommer 1933 gibt die NS-Regierung eine vom IOC geforderte Erklärung ab, die Spiele stünden „*allen Rassen und Konfessionen*“ offen. Antisemitische Parolen verschwinden aus dem Stadtbild, Hetze gegen Juden ist für die Dauer der Spiele in den Medien verboten. Um das Ausland zu besänftigen, starten in der deutschen Mannschaft zwei Alibi-„Halbjuden“, der Eishockeyspieler Rudi Ball und die Fechterin Helene Mayer.

WIRTSCHAFTLICHE NEUORDNUNG

Hitler stößt nach den massiven Konfrontationen der ersten Monate nur noch auf wenig Widerstand. Dabei hilft ihm die Entspannung der wirtschaftlichen Situation. Als er Reichskanzler wird, gewinnt die durch die weltweite Krise schwer getroffene deutsche Wirtschaft gerade wieder an Dynamik. Der Aufschwung wird beflügelt durch Hitlers auf Kredit finanziertes Investitionsprogramm. Schon Ende 1933, nach nur elf Monaten an der Macht, haben seine Maßnahmen die Zahl der Arbeitslosen um eine Million reduziert. Diese kontinuierliche Abnahme der Arbeitslosenzahlen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und das jetzt rasch aufgelegte Rüstungsprogramm verschaffen den neuen Machthabern innerhalb kurzer Zeit weitgehende Zustimmung in der deutschen Bevölkerung. Um den Arbeitsmarkt zusätzlich zu entlasten, werden sogenannte Ehestandsdarlehen von bis zu 1.000 Reichsmark eingeführt. Mit Erhalt des Geldes verpflichten sich Frauen, nach der Heirat ihren Beruf aufzugeben. Die 1934 eingeführten Lohnsteuerklassen I bis IV und die gemeinsame Einkommenssteuerveranlagung für Ehepaare

mindern die steuerlichen Abgaben Verheirateter sichtlich. Zur Förderung der Familie als „*Keimzelle des Volkes*“ unterstützt das NS-Regime kinderreiche Ehepaare auch mit direkten finanziellen Zuwendungen: Ab 1936 erhalten Arbeiter- und Angestelltenfamilien mit einem Monatseinkommen unter 185 Reichsmark ab dem fünften Kind monatlich 10 Reichsmark. Zwei Jahre später gibt es dieses Kindergeld bereits ab dem dritten Kind. Für die Finanzierung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen erhöht der Reichsfinanzminister Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk drastisch die Staatsverschuldung. In den ersten beiden Jahren der NS-Herrschaft nimmt die Regierung Kredite in Höhe von über 10 Milliarden Reichsmark auf. Insgesamt beträgt die Neuverschuldung des Deutschen Reichs von 1933 bis 1939 etwa 40 Milliarden Reichsmark – mehr als das Dreifache der Reichseinnahmen im Haushaltsjahr 1937. Der Anteil für Rüstung und Militär an den Gesamtausgaben des Staatshaushalts steigt zwischen 1933 und 1936 auf 39 Prozent. Die Arbeitslosigkeit sinkt rapide: 1934 auf 2,7 Millionen, 1935 auf 2,1 Millionen, 1938 liegt sie bei nur noch 429.000 Menschen. Der DDR-Historiker Jürgen Kuczynski beschreibt die fatale Wirkung dieser Entwicklung: *„Die ganze Atmosphäre, das ganze Milieu änderte sich für den Arbeiter mit dem allmählichen Verschwinden der Arbeitslosigkeit. ... Wie versprochen gaben die Faschisten Millionen Arbeit und Brot – und so glaubten viele Arbeiter auch ihre anderen Lösungen und traten der Nazi-Partei bei.“*

Auf die Unterdrückung im Inneren und den kreditfinanzierten Aufschwung folgt die Expansion. Unter dem Vorwand, dass Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich die militärische Gleichberechtigung abspreche, tritt Deutschland schon im Oktober 1933 aus dem in Genf tagenden Völkerbund aus. Der Völkerbund verwaltet zwei von Deutschen bewohnte Territorien: Die Freie Stadt Danzig und das Saargebiet.

„HEIM INS REICH“

Im Versailler Vertrag wird das Gebiet der Freien Stadt Danzig zum 10. Januar 1920 aus dem Deutschen Reich herausgelöst und zu einem souveränen Staat unter dem Schutz des Völkerbundes erklärt. In

der Stadt und den umgebenden vier Landkreisen geben 95 Prozent deutsch, 3,3 Prozent polnisch, kassubisch oder masurisch, 0,4 Prozent deutsch und polnisch, 1,2 Prozent eine andere Sprache als ihre Muttersprache an. Die Freie Stadt wird außenpolitisch von Polen vertreten, das auch eine Teilhoheit über die Verkehrswege der Stadt, insbesondere den Hafen, hat. Seit 1922 bilden die Freie Stadt Danzig und Polen ein Zollgebiet, das der Gesetzgebung und den Tarifen Polens unterliegt. Bereits bei den Wahlen am 16. November 1930 wird die NSDAP zur zweitstärksten Partei, mit der Wahl vom 28. Mai 1933 erlangen die Nationalsozialisten im Danziger Volkstag die absolute Mehrheit, ihr Mitglied Arthur Greiser wird zunächst Vizepräsident des Senats und zugleich Senator für Inneres. Im November 1934 wird er Präsident des Senats und damit Regierungschef der Freien Stadt Danzig. Bei der Wahl 1935 bauen die Nationalsozialisten ihre Stellung aus. Der Friedensvertrag von Versailles spricht Frankreich für 15 Jahre die Eigentumsrechte an den saarländischen Kohlegruben und an den Eisenbahnen westlich der Saar zu. In dieser Zeit verwaltet eine vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission das Saarbecken-Gebiet. Auf Grund der vom Völkerbund am 13. Januar 1935 angesetzten Volksabstimmung, in der sich über 90 Prozent der Saarländer für eine Rückgliederung ins Deutsche Reich aussprechen, wird die Saar im Februar 1935 wieder ein Teil des Reichs.

Am 9. März 1935 hat Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Reichsminister für Luftfahrt die Existenz einer durch den Versailler Vertrag verbotenen deutschen Luftwaffe verkündet. Als massive Proteste aus dem Ausland ausbleiben, führt das Deutsche Reich am 16. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder ein. Sie schafft die Grundlage für das Massenheer, das ab 1939 im Zweiten Weltkrieg für expansive Ziele eingesetzt wird. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht durch das nationalsozialistische Deutschland ist ein offener Bruch des Versailler Vertrages. Die Reichswehr wird in Wehrmacht umbenannt. Die Dauer des Wehrdiensts wird zunächst auf ein Jahr festgesetzt und im August 1936 auf zwei Jahre verlängert. „*Splitter des deutschen Volkstums*“ nennt Adolf Hitler in einer Rede die so genann-

ten „Volksdeutschen“, Angehörige deutschsprachiger Volksgruppen, die im Zuge einer von den Nationalsozialisten erstrebten „*neuen Ordnung der ethnographischen Verhältnisse*“ aus ganz Ost- und Südosteuropa „*Heim ins Reich*“ geholt werden sollen. Mit Heimholung meinen die Nationalsozialisten in der Regel die Okkupation der Gebiete, in denen diese Volksgruppen leben. Die Rückkehr ins Reich beginnt mit dem Einmarsch der Wehrmacht und dem Anschluss an das Großdeutsche Reich am 12. März 1938 zunächst für die Österreicher. Mit der „*Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich*“ vom 3. Juli 1938 erhalten sie die deutsche Staatsangehörigkeit.

DIE SUDETENDEUTSCHEN IN DER TSSCHECHOSLOWAKEI

Hitlers nächste Zielgruppe sind die Millionen Sudetendeutschen, eine seit 1918 deutschsprachige Minderheit in der nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten Tschechoslowakei. Sie leben in den Grenzgebieten zu Deutschland bzw. Österreich. Nachdem Hitler im September 1938 einen deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei androht, reist der britische Premierminister Chamberlain zu Gesprächen nach Deutschland. Er sieht sich mit Hitlers Forderung nach Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich konfrontiert. Die britische Regierung bittet daraufhin ihn, den italienischen Diktator Benito Mussolini und den französischen Premierminister Daladier zu einer gemeinsamen Konferenz. Um den Frieden zu sichern, wird im „*Münchener Abkommen*“ die Abtretung des Sudetengebiets an das Deutsche Reich festgelegt. Im Gegenzug garantieren England und Frankreich den Bestand des tschechoslowakischen Reststaats. Die Tschechoslowakei, die nur als Gegenstand, nicht aber als Subjekt des Völkerrechts behandelt wird, muss sich dem Abkommen fügen. Alle Bewohner, die länger als 20 Jahre im Sudetenland leben, werden automatisch deutsche Staatsbürger. Noch im Oktober 1938 nehmen knapp 200.000 in den Sudetengebieten lebende Tschechen die deutsche Staatsangehörigkeit an, um in der Heimat bleiben zu können. Wer dagegen die tschechische Nationalität behält, muss das Gebiet verlassen und wird in Zentralböhmen angesiedelt. Die Tschechoslowakei wird zerschlagen, die Slowakei,

mit Gebietsverlusten an Ungarn, ein selbständiges Land, das restliche Tschechien einschließlich Prag von der Wehrmacht besetzt und am 15. März 1939 zum „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ erklärt.

Im März 1939 wird auf intensiven Druck des nationalsozialistischen Expansionsstrebens auch das bis 1918 preußische, danach vom Völkerbund verwaltete und 1923 Litauen zugesprochene Memelland im Norden Ostpreußens wieder dem Deutschen Reich angegliedert. Die 150.000 Bewohner des Gebiets erhalten die deutsche Staatsangehörigkeit. Ein halbes Jahr später, am 1. September 1939, überfällt Deutschland Polen. Noch am selben Tag wird die Verfassung der nach 1918 ebenfalls unter Protektorat des Völkerbundes stehenden Freien Stadt Danzig aufgehoben und die Stadt in das Reich eingegliedert. Die rund 400.000 fast ausschließlich deutschstämmigen Staatsangehörigen erhalten einen deutschen Pass.

DIE „NÜRNBERGER GESETZE“

Hitler allein bestimmt die Grundlinien dieser deutschen Politik. Das „Führerwort“ besitzt Gesetzeskraft. Im NS-Regime tritt eine von formellen und institutionellen Zwängen entbundene Führungsgewalt an die Stelle der traditionellen Staatsgewalt. Ohne die vor 1933 üblichen förmlichen Festlegungen und Beschlussverfahren verändert sich auch die Funktion des Kabinetts, dessen Sitzungen immer seltener stattfinden und nach Februar 1938 schließlich ganz wegfallen. Die Arbeit organisieren von Hitler ausgewählte Getreue: Propagandaminister Joseph Goebbels, der mächtige SS-Chef Heinrich Himmler, der preußische Ministerpräsident Hermann Göring und der Leiter der Geheimen Staatspolizei Reinhard Heydrich. Sie alle sind auf Hitler eingeschworen und bedingungslos bereit, seine Ideen umzusetzen. Und eine seiner zentralen Ideen ist die Lösung der Judenfrage. Schnell wird klar: Die jüdischen Deutschen, weniger als ein Prozent der Bevölkerung, sollen aus dem öffentlichen Leben, der Wirtschaft und dann aus dem Land verdrängt werden. Am 1. April 1933 ruft die NSDAP zum Boykott von Geschäften jüdischer Inhaber auf, uniformierte Schlägertrupps

der SA verprügeln die Kunden. Jüdische Beamte verlieren ihre Stellung, jüdische Künstler werden mit Berufsverbot belegt. In den Schulen wird „Rassenkunde“ zum Unterrichtsfach, in dem Fibeln mit Gedichten wie folgendes stehen: *„Nun wird es in den Schulen schön; / denn alle Juden müssen gehn, / die Großen und die Kleinen./ Da hilft kein Schrein und Weinen / Und auch nicht Zorn und Wut. / Fort mit dieser Judenbrut!“*

Die gesetzliche Ausgrenzung der Juden setzt sich in den „Nürnberger Gesetzen“ vom September 1935 fort. Das „Reichsbürgergesetz“ aberkennt den Juden die Gleichberechtigung, was im Alltag zu endlosen Demütigungen führt: Sie dürfen keine Kinos mehr besuchen, sich nicht auf Parkbänke setzen, müssen den Führerschein abgeben. Das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verbietet außerdem die Eheschließung zwischen Juden und deutschen Reichsbürgern. Im Nachtrag zu den Gesetzen wird festgelegt, wer Jude ist. Als „nichtarisch“ gilt, wer einen jüdischen Eltern- oder Großelternanteil besitzt. Danach sind Menschen Juden, wenn mindestens zwei ihrer Großeltern Juden sind.

VERFOLGUNG UND POGROME

Zwei Jahre nach den Olympischen Spielen folgt schließlich die Verdrängung der Juden aus der deutschen Wirtschaft. Gibt es 1933 vom Warenhaus und der Privatbank bis hin zum Einzelhandelsgeschäft noch etwa 100.000 jüdische Betriebe der verschiedensten Größenordnungen, sind es in Folge der unaufhörlichen antisemitischen Kampagnen und Schikanen im April 1938 nur noch 39.500, von denen die meisten vor dem Bankrott stehen. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit von jüdischen Arbeitern und Angestellten, und auch viele der ehemaligen Freiberufler stehen am Rande des Existenzminimums. Im März 1938 besetzt die deutsche Armee Österreich, wo 185.000 Juden leben, davon 170.000 in Wien. In der ersten Nacht nach dem „Anschluss“ – am 13./14. März 1938 – plündern Gestapo und Antisemiten in Wien jüdische Geschäfte. Die deutschen Gesetze und Verordnungen gegen Juden treten von einem Tag auf den anderen in Kraft.

Am 7. November 1938 schießt der 17jährige deutsch-polnische Jude Herzel Grynszpan auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath in Paris und verwundet ihn tödlich. Es ist eine Art ohnmächtige Rache, nachdem Grynszpan vom Schicksal seiner Eltern erfährt. Sie sind mit 17.000 Leidensgenossen auf Verlangen des Auswärtigen Amtes zur deutsch-polnischen Grenze gebracht worden, wo sie, von den polnischen Behörden zurückgewiesen, unter erbärmlichen Bedingungen im Niemandsland vegetieren. Das Attentat ist der spektakuläre Vorwand für eine Welle von Pogromen, die am Abend des 9. November mit aller Wucht über die deutschen Städte und Dörfer hereinbrechen. Mehrere hundert Synagogen brennen ab, mindestens 8.000 jüdische Geschäfte werden zerstört und zahllose Wohnungen verwüstet. 100 Juden werden erschlagen, niedergestochen oder zu Tode geprügelt. Hinzu kommen Millionenschäden durch zerstörte Geschäftseinrichtungen und zerschlagene Schaufensterscheiben. Außerdem werden im Deutschen Reich etwa 30.000 jüdische Männer verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt.

ORGANISIERTE JUGEND

Auch in das Leben der deutschen „Volksgenossen“ greifen die Nationalsozialisten tief ein – wenn auch nicht mit solch systematischer Gewalt. Aber niemals zuvor und danach bestimmt Indoktrination so sehr das Alltagsleben der Deutschen wie während des Dritten Reiches. Deutschland organisiert sich, und kaum eine Gruppe wird so straff geführt wie die Jugend. Baldur von Schirach gliedert alle bestehenden Jugendverbände in die Hitlerjugend ein, deren Mitgliederzahl 1934 von 100.000 auf über drei Millionen steigt. Bis 1936 ist die Mitgliedschaft formell freiwillig. Mit dem „Gesetz über die Hitlerjugend“ wird sie zur Pflicht. Das Engagement der HJ deckt nahezu alle Lebensbereiche ab. Vertretungen in Betrieben und Schulen sind obligatorisch, Berufsberatung und Jugendschutz wichtige Aufgabenfelder. Zur Erholung dienen Zeltlager. 1936 sind es fast 2.000 mit 560.000 ausschließlich männlichen Teilnehmern. Diese sind im Deutsche Jungvolk (10- bis 14jährige

Jungen) und in der eigentlichen HJ (14- bis 18jährige Jungen) organisiert. Die Mädchen haben ihre eigenen Verbände: den Jungmädelsbund (JM) und den Bund Deutscher Mädels (BDM), außerdem ab 1938 das BDM-Werk „Glaube und Schönheit“ für die 17- bis 21jährige Frauen zur Vorbereitung auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter. So sind am Vorabend des Zweiten Weltkrieges 8,7 Millionen HJ-Mitglieder organisiert und werden vormilitärisch ausgebildet.

„KRAFT DURCH FREUDE“

Die am 27. November 1933 gegründete NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF) ist die populärste der vielen Organisationen im NS-Regime. Das Volkswagen-Projekt sowie Nah- und Fernreisen gehören zu den wichtigsten Aktivitäten der Freizeitorganisation, einer Unterorganisation der Deutschen Arbeitsfront (DAF). KdF-Veranstaltungen sollen der Entspannung und der Regeneration zur Erhöhung der Arbeitsleistung dienen, wozu auch die Verbesserung und Verschönerung der Arbeitsplätze mit Kantinen, Sportstätten oder Grünanlagen gehört. Die vielfältigen Aktivitäten von KdF bieten ein umfangreiches kulturelles und touristisches Freizeitprogramm. Theateraufführungen, Konzerte, Kunstausstellungen oder Vorträge werden bis 1938 von über 38 Millionen Menschen besucht.

Das Prunkstück von KdF aber ist ihr Reiseprogramm. 43 Millionen Reisen verkauft KdF bis 1939, überwiegend Tagesausflüge. Von den sieben Millionen Urlaubsreisen sind 690.000 Hochseefahrten nach Norwegen, Madeira oder Italien. Die Preise liegen zwischen einer und fünf Reichsmark für Kurzreisen und 120 Reichsmark für eine Schiffsreise nach Madeira, die jedoch für einen Arbeiter mit einem Monatseinkommen von rund 150 Reichsmark nahezu unerschwinglich ist. Ähnlich dem „Reisesparen“ ist ab 1938 auch der Erwerb des KdF-Wagens von Volkswagen (VW) geregelt. Der Interessent erwirbt Woche für Woche Sparmarken, bis die Kaufsumme von 990 Reichsmark erreicht ist. Zwei Jahre später haben 300.000 potentielle Käufer über 280 Millionen Reichsmark angespart,

für die sie niemals ein Auto erhalten: Das neu errichtete Werk bei Fallersleben produziert nur noch für den Zweiten Weltkrieg – den bekannten „Kübelwagen“.

ALLTAG UNTERM HAKENKREUZ

Das Bedürfnis der Menschen nach Unterhaltung und Entspannung befriedigt vor allem der Film. In der Saison 1934/35 zählt der Verband 250 Millionen Kinobesuche. Fünf Jahre später sind es bereits über eine Milliarde. Daneben prägt besonders der Rundfunk das alltägliche Freizeitverhalten. Durch den günstigen neuen Volksempfänger erhöht sich die Ausstattung der deutschen Haushalte mit Radiogeräten zwischen 1933 und 1941 von 25 auf 65 Prozent. Der in der Weimarer Republik begonnene Trend zur Massenkultur und Massenunterhaltung setzt sich nach 1933 unvermindert fort und umfasst alle Formen kulturellen oder sportlichen Lebens.

Durch den Rundfunk und die Wochenschau wird der Sport enorm aufgewertet. Der berühmteste deutsche Sportler Max Schmeling hat den Status einer nationalen Identifikationsfigur. Millionen sehen und hören jede Woche die Fußballspiele in den verschiedenen Gauligen. Der Fußball mobilisiert Massen, vor allem im Ruhrgebiet. Populärste Mannschaft ist der FC Schalke 04, sechs seiner sieben Deutschen Meisterschaften fallen in die Zeit des NS-Regimes. Die Nationalsozialisten feiern die Erfolge von Schalke mit seinen Idolen Ernst Kuzorra und Fritz Szepan stets propagandistisch als „Sieg der Arbeiterklasse“ – beide stammen aber aus polnisch-stämmigen Familien.

Auf dem Land unterscheidet sich der Arbeitsalltag der Menschen kaum von dem ihrer Elterngeneration. Die von der NS-Kunst verklärte Agrarromantik spiegelt nicht annähernd die alltäglichen Arbeitsbelastungen in der Landwirtschaft wider, in der die Mechanisierung nur langsam Einzug hält und Hand- und Spanndienste weiter vorherrschen. In zahlreichen Anzeigenkampagnen werden Verbraucher aufgefordert, verstärkt auf einheimische Produkte und auf Fisch statt auf

Fleisch zurückzugreifen. Tatsächlich steigt der Pro-Kopf-Verbrauch von Fisch in Deutschland zwischen 1933 und 1938/39 um 26,3 Prozent. Der Fleischverbrauch nimmt in demselben Zeitraum ebenfalls zu, allerdings nur um bescheidene 7,4 Prozent.

Vielen Menschen entgeht, wie sehr die meisten Projekte und Maßnahmen der Nationalsozialisten das Leben militarisieren und auf einen Krieg zulaufen. Am 31. August 1939 überfällt der SS-Sturmbannführer Alfred Naujocks zusammen mit sechs SS-Leuten in polnischen Uniformen den Sender Gleiwitz in Oberschlesien. Als Vergeltung für diese Attacke „polnischer Freiheitskämpfer“ greift am 1. September 1939 um 4.45 Uhr das deutsche Linienschiff „Schleswig-Holstein“ polnische Befestigungen vor der Freien Stadt Danzig an.

DIE DEUTSCHEN 1815 BIS HEUTE

Eine Zeitreise in Texten, Bildern und Filmen



DIE DEUTSCHEN 1815 bis 1918
Fürstentum und Bürgerkriege



DIE DEUTSCHEN 1918 bis 1945
Leben zwischen Revolution und Katastrophe



DIE DEUTSCHEN 1945 bis 1972
Leben im doppelten Wirtschaftswunderland



DIE DEUTSCHEN 1972 bis heute
Auf dem Weg zu Einheit und Freiheit

Einsatz in Bildung und Unterricht

Das multimediale Projekt „Die Deutschen“ eignet sich besonders gut für den Einsatz in Bildungseinrichtungen jeder Art. Die 13 Filme auf zwölf DVDs können selektiv genutzt und im Unterricht eingesetzt werden. Die Filme teilen sich in mehr als 1.000 „Icons“ auf, die zwischen 40 und 150 Sekunden lang sind. Diese Icons sind das Mosaik, aus denen sich ein Bild aus 200 Jahren deutscher Geschichte zusammensetzt. Einzeln oder in Gruppen können diese Icons ebenso wie Einzelfilme im Unterricht eingesetzt werden. Eine sachliche Alternative dazu bilden die Interviews mit bedeutenden deutschen Historikern, die jede DVD ergänzen.



Herausgeber
Saeculum Verlagsgesellschaft
Leuschnerdamm 13
10999 Berlin
www.saeculum-verlag.de

© Saeculum Verlagsges. mbH, Berlin 2008. All rights of the producer and owner of the work reserved. Unauthorized copying, hiring, lending, public performance and broadcasting prohibited. Made in Germany.